

N i e d e r s c h r i f t

**der 24. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Hauptausschusses am 19.10.2016**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Wappensaal,
Marktplatz 2,
06108 Halle (Saale)

Zeit: 16:01 Uhr bis 16:26 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnahmeverzeichnis

Anwesend waren:

Dr. Bernd Wiegand	Ausschussvorsitzender, Oberbürgermeister
Dr. Annegret Bergner	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) Teilnahme ab 16:06 Uhr
Bernhard Bönisch	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Andreas Scholtyssek	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Ute Haupt	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) Vertreterin für Herrn Dr. Meerheim
Hendrik Lange	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Elisabeth Nagel	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Katharina Hintz	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) Teilnahme ab 16:09 Uhr
Johannes Krause	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Marko Rupsch	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Vertreter für Frau Dr. Brock
Tom Wolter	Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM

Verwaltung

Sabine Ernst	Verwaltung
Oliver Paulsen	Verwaltung
Marco Schreyer	Verwaltung
Egbert Geier	Bürgermeister
Uwe Stäglin	Beigeordneter
Katharina Brederlow	Beigeordnete
Dr. Judith Marquardt	Beigeordnete
Maik Stehle	Verwaltung

Entschuldigt fehlten:

Dr. Bodo Meerheim	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Dr. Inés Brock	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zu Einwohnerfragestunde

Es gab keine Einwohnerfragen.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die öffentliche Sitzung des Hauptausschusses wurde von **Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand** eröffnet und geleitet.

Er stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand informierte, dass folgende Tagesordnungspunkte von der Tagesordnung genommen werden können:

- 5.2. Glauchaer Straße - Bebauungskonzept
Vorlage: VI/2016/01982
- 5.3. 1. Satzung zur Änderung der Abfallwirtschaftssatzung der Stadt Halle (Saale) vom 29.10.2014
Vorlage: VI/2016/02149
- 5.4. Abfallgebührensatzung der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2016/02165
- 5.5. Sanierungsbedarf an städtischen Schulen
Vorlage: VI/2016/01805
- 6.3. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Erhalt des ufernahen Grüns entlang der Saale
Vorlage: VI/2016/01957

Im Weiteren gab **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** folgende Änderungen und Ergänzungen bekannt:

- 5.1. Änderung der Ziffer 5 des Stadtratsbeschlusses vom 25.05.2016, Vorlagennummer VI/2016/01658 zur Prüfung von Formen der Leistungserbringung für den Rettungsdienst im Rettungsdienstbereich Halle/Nördlicher Saalekreis
Vorlage: VI/2016/02333
 - hierzu liegt ein Änderungsantrag des Stadtrates Eberhard Doege (CDU/FDP-Fraktion) vor, Behandlung unter TOP 5.1.1
 - hierzu liegt ein Änderungsantrag der SPD-Fraktion vor Behandlung unter TOP 5.1.2

- 6.1. Antrag der CDU/FDP-Fraktion zur Erstellung eines qualifizierten Mietspiegels
Vorlage: VI/2015/01296
→ Beschlussvorschlag geändert
→ hier liegt ein ÄA des Oberbürgermeisters vor, Behandlung unter TOP 6.1.1

Herr Krause informierte, dass der Antragsteller alle Änderungen im Finanzausschuss übernommen habe und somit eine Behandlung nicht notwendig sei.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand teilte mit, dass noch Änderungen von Seiten des Antragstellers vorgenommen wurden und daher eine Beschlussfassung notwendig wäre.

Weiterhin teilte **Herr Krause** mit, dass er im Namen seiner Fraktion den Tagesordnungspunkt

- 6.2. Antrag der SPD-Fraktion zur Verwendung der Sachkostenpauschale der Stadtratsfraktionen
Vorlage: VI/2016/02375

zurückzieht.

Des Weiteren sagte **Herr Krause**, dass man zum Tagesordnungspunkt

- 6.4. Antrag der SPD-Fraktion sowie der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Erstellung einer Broschüre zur Vorstellung der kommunalpolitischen Akteure und der Arbeitsweise des Stadtrates in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2016/02196

einen Vorschlag von der Verwaltung erwartet habe.

Frau Ernst verwies darauf, dass man sich in der letzten Hauptausschusssitzung darauf verständigt habe, gemeinsam eine Broschüre zu entwickeln. Die Fraktionen wollten untereinander klären, ob es sich um ein Printprodukt oder eine elektronische Broschüre handeln soll.

Herr Krause schlug vor, den Antrag zurückzuziehen.

Herr Rupsch teilte mit, dass er dies erst mit der Fraktion besprechen müsse.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand schlug daraufhin eine Vertagung vor und bat um Zustimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Weitere Änderungen oder Anregungen zur Tagesordnung gab es nicht.
Herr **Oberbürgermeister Dr. Wiegand** ließ die so geänderte Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung beschlossen:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 21.09.2016
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
5. Beschlussvorlagen
 - 5.1. Änderung der Ziffer 5 des Stadtratsbeschlusses vom 25.05.2016, Vorlagennummer VI/2016/01658 zur Prüfung von Formen der Leistungserbringung für den Rettungsdienst im Rettungsdienstbereich Halle/Nördlicher Saalekreis
Vorlage: VI/2016/02333
 - 5.1.1. Änderungsantrag des Stadtrates Eberhard Doege (CDU/FDP-Fraktion) zur Vorlage der Verwaltung zur Änderung der Ziffer 5 des Stadtratsbeschlusses vom 25.05.2016, Vorlagennummer VI/2016/01658 zur Prüfung von Formen der Leistungserbringung für den Rettungsdienst im Rettungsdienstbereich Halle/Nördlicher Saalekreis
Vorlage: VI/2016/02441
 - 5.1.2. Änderungsantrag der SPD-Fraktion zur Änderung der Ziffer 5 des Stadtratsbeschlusses vom 25.05.2016, Vorlagennummer VI/2016/01658 zur Prüfung von Formen der Leistungserbringung für den Rettungsdienst im Rettungsdienstbereich Halle/Nördlicher Saalekreis
Vorlage: VI/2016/02450
 - 5.2. Glauchaer Straße - Bebauungskonzept
Vorlage: VI/2016/01982 **abgesetzt**
 - 5.3. 1. Satzung zur Änderung der Abfallwirtschaftssatzung der Stadt Halle (Saale) vom 29.10.2014
Vorlage: VI/2016/02149 **zurückgezogen**
 - 5.4. Abfallgebührensatzung der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2016/02165 **zurückgezogen**
 - 5.5. Sanierungsbedarf an städtischen Schulen
Vorlage: VI/2016/01805 **vertagt**
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
 - 6.1. Antrag der CDU/FDP-Fraktion zur Erstellung eines qualifizierten Mietspiegels
Vorlage: VI/2015/01296
 - 6.1.1. Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zum Antrag der CDU/FDP- Fraktion zur Erstellung eines qualifizierten Mietspiegels
Vorlage: VI/2016/02422
 - 6.2. Antrag der SPD-Fraktion zur Verwendung der Sachkostenpauschale der Stadtratsfraktionen
Vorlage: VI/2016/02375 **zurückgezogen**
 - 6.3. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Erhalt des ufernahen Grüns entlang der Saale
Vorlage: VI/2016/01957 **abgesetzt**

- 6.4. Antrag der SPD-Fraktion sowie der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Erstellung einer Broschüre zur Vorstellung der kommunalpolitischen Akteure und der Arbeitsweise des Stadtrates in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2016/02196 **vertagt**
7. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
8. Mitteilungen
- 8.1. Mitteilung zur Anregung von Frau Haupt zu Angeboten für Familien mit Kindern durch die Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH
- 8.2. Mitteilung zur Anregung von Frau Haupt zur Bekämpfung der Kinderarmut
9. Beantwortung von mündlichen Anfragen
10. Anregungen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 21.09.2016

Es gab keine Anmerkungen zur Niederschrift vom 21.09.2016.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand informierte, dass in der letzten nicht öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses keine Beschlüsse gefasst wurden.

zu 5 **Beschlussvorlagen**

- zu 5.1 **Änderung der Ziffer 5 des Stadtratsbeschlusses vom 25.05.2016, Vorlagennummer VI/2016/01658 zur Prüfung von Formen der Leistungserbringung für den Rettungsdienst im Rettungsdienstbereich Halle/Nördlicher Saalekreis
Vorlage: VI/2016/02333**
- zu 5.1.1 **Änderungsantrag des Stadtrates Eberhard Doege (CDU/FDP-Fraktion) zur Vorlage der Verwaltung zur Änderung der Ziffer 5 des Stadtratsbeschlusses vom 25.05.2016, Vorlagennummer VI/2016/01658 zur Prüfung von Formen der Leistungserbringung für den Rettungsdienst im Rettungsdienstbereich Halle/Nördlicher Saalekreis
Vorlage: VI/2016/02441**
- zu 5.1.2 **Änderungsantrag der SPD-Fraktion zur Änderung der Ziffer 5 des Stadtratsbeschlusses vom 25.05.2016, Vorlagennummer VI/2016/01658 zur Prüfung von Formen der Leistungserbringung für den Rettungsdienst im Rettungsdienstbereich Halle/Nördlicher Saalekreis
Vorlage: VI/2016/02450**
-

Auf Antrag der SPD-Fraktion erfolgt zu diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Hier zunächst die Beschlussvorlage, die Prüfung zur Leistungserbringung vom Rettungsdienstbereich Halle nördlicher Saalekreis. Hier haben wir den Änderungsantrag von Herrn Doege wie eben bereits genannt und den Änderungsantrag der SPD Fraktion. Von Seiten der Verwaltung möchte ich deutlich machen, dass von unserer Seite es überhaupt keine Probleme gibt, zunächst einmal auf 4 Jahre auszuschreiben, um 2 Jahre zu optionieren. Und wir haben es nochmals auch abgeprüft. Der Antrag von Herrn Doege, das möglichst zu streichen, findet auch Zustimmung von Seiten der Verwaltung, sodass wir dieses auch übernehmen könnten und beide, sodass wir dann in dieser Formulierung das auch durchstellen. Wenn Sie einverstanden sind, dass wir so formulieren, 4 Jahre mit einer Option von 2 Jahren, wäre das in der Ausdruckform klarer. Und wenn Sie damit einverstanden sind, aber die Intention ist ja dann gleich. Gibt es weitere Anmerkungen dazu, dann würden wir dieses so übernehmen mit der Änderung die wir eben andiskutiert haben.

Herr Krause

Kurze Bemerkung nur. Wir hatten bewusst reinformuliert, also auch zur Sicherheit der Träger, dass Sie also spätestens ein Jahr vor Auslaufen dieser Optionsfrist, also dieser 4 Jahresfrist angezeigt bekommen müssen, dass die gezogen wird. Das war sozusagen der Hintergrund, warum wir das so formuliert haben. Und ich glaube, wenn wir ins Protokoll mit nehmen, dass es so gemacht werden soll, wird das auf jeden Fall eine sinnvolle Verfahrensweise, wir kennen das aus den Losvergaben der letzten Zeit.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Genau. Das ist eigentlich automatisch für das gemacht, damit die Träger sich rechtzeitig einstellen können. OK. Dann herrscht da Übereinstimmung.

Herr Krause

Nicht automatisch. Also wir haben da eine längere Diskussion vor. Bei der letzten Losvergabe, das ist nun fast 4 Jahre her im Vergabeausschuss, dazu gehabt und der Vergabeausschuss hat darauf bestanden und hat das sogar beschlossen, dass bevor eine Option ausgelöst wird, in welche Richtung auch immer, der Ausschuss zu befassen ist. Das heißt also, das bitte ich noch mit zu berücksichtigen, deswegen hatten wir das so rein geschrieben, dass man so zu sagen, wenn man sagt, wenn alle sich einig sind, wir wollen die Option ziehen, dass man dann nochmal einen Beschluss herbei führt, ja wir wollen die ziehen. Das war sozusagen der Hintergrund dieser Formulierung auf Grund Erfahrungen in der Diskussion um den Sachverhalt.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Wir würden das als Protokollnotiz aufnehmen dann. Wenn Sie damit so einverstanden sind, bitte ich um Ihr Handzeichen.

Gegenstimmen: keine, Enthaltungen: ebenfalls keine. Dann ist das so bestätigt und geht dann auf den Stadtrat zu.

**zu 5.1.1 Änderungsantrag des Stadtrates Eberhard Doege (CDU/FDP-Fraktion) zur Vorlage der Verwaltung zur Änderung der Ziffer 5 des Stadtratsbeschlusses vom 25.05.2016, Vorlagennummer VI/2016/01658 zur Prüfung von Formen der Leistungserbringung für den Rettungsdienst im Rettungsdienstbereich Halle/Nördlicher Saalekreis
Vorlage: VI/2016/02441**

Abstimmungsergebnis: zurückgezogen

Beschlussvorschlag:

Die Vorlage wird wie folgt geändert:

Der Stadtrat beschließt, die Ziffer 5 des Stadtratsbeschlusses vom 25.05.2016, Vorlagen-Nr.: VI/2016/01658, wie folgt zu ändern:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Vergabe von Konzessionen im bodengebundenen Rettungsdienst für einen Zeitraum von 6 Jahren vorzubereiten und dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen.

Bei den Zuschlagskriterien sind qualitative und soziale Kriterien, wie die Ortskunde, die Beteiligung am Katastrophenschutz, die Qualifizierung bzw. Fortbildung von Mitarbeitern und die Bindung an angemessene Tarife, die sich **möglichst** am Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst orientieren, zu werten.

**zu 5.1.2 Änderungsantrag der SPD-Fraktion zur Änderung der Ziffer 5 des Stadtratsbeschlusses vom 25.05.2016, Vorlagennummer VI/2016/01658 zur Prüfung von Formen der Leistungserbringung für den Rettungsdienst im Rettungsdienstbereich Halle/Nördlicher Saalekreis
Vorlage: VI/2016/02450**

Abstimmungsergebnis: zurückgezogen

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt, die Ziffer 5 des Stadtratsbeschlusses vom 25.05.2016, Vorlagen-Nr.: VI/2016/01658, wie folgt zu ändern:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Vergabe von Konzessionen im bodengebundenen Rettungsdienst für einen Zeitraum von 6 Jahren vorzubereiten und dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen. **Die Konzessionserteilungen enthalten die Option, dass diese nach spätestens drei Jahren zum Ende des vierten Jahres gekündigt werden können.**

Bei den Zuschlagskriterien sind qualitative und soziale Kriterien, wie die Ortskunde, die Beteiligung am Katastrophenschutz, die Qualifizierung bzw. Fortbildung von Mitarbeitern und die Bindung an angemessene Tarife, die sich möglichst am Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst orientieren, zu werten.

- zu 5.1 Änderung der Ziffer 5 des Stadtratsbeschlusses vom 25.05.2016, Vorlagennummer VI/2016/01658 zur Prüfung von Formen der Leistungserbringung für den Rettungsdienst im Rettungsdienstbereich Halle/Nördlicher Saalekreis
Vorlage: VI/2016/02333**
-

Abstimmungsergebnis: zugestimmt nach Änderungen

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat beschließt, die Ziffer 5 des Stadtratsbeschlusses vom 25.05.2016, Vorlagen-Nr.: VI/2016/01658, wie folgt zu ändern:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Vergabe von Konzessionen im bodengebundenen Rettungsdienst für einen Zeitraum von **6 4** Jahren **mit einer Verlängerungsoption von 2 Jahren** vorzubereiten und dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen.

Bei den Zuschlagskriterien sind qualitative und soziale Kriterien, wie die Ortskunde, die Beteiligung am Katastrophenschutz, die Qualifizierung bzw. Fortbildung von Mitarbeitern und die Bindung an angemessene Tarife, die sich **möglichst** am Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst orientieren, zu werten.

- zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten**
-

- zu 6.1 Antrag der CDU/FDP-Fraktion zur Erstellung eines qualifizierten Mietspiegels
Vorlage: VI/2015/01296**

- zu 6.1.1 Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zum Antrag der CDU/FDP-Fraktion zur Erstellung eines qualifizierten Mietspiegels
Vorlage: VI/2016/02422**
-

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand stellte den Antrag zur Diskussion.

Herr Scholtyssek teilte mit, dass seine Fraktion den Änderungsantrag des Oberbürgermeisters im Finanzausschuss übernommen und um das Datum 31.12.2017 ergänzt habe. Die Verwaltung habe jetzt ein Jahr und zwei Monate Zeit, gemeinsam mit der Wohnungswirtschaft einen Mietspiegel zu erstellen.

Herr Stäglin informierte, dass die Verwaltung im Prozess der Erarbeitung des wohnungspolitischen Konzeptes sei. In diesem Zusammenhang werde die Erstellung des Mietspiegels ebenfalls ein Thema sein. Mit dem 31.12.2017 zeigte sich Herr Stäglin einverstanden.

Herr Wolter fragte, ob mit Beschlussfassung im Stadtrat, dies als Auftrag zur Erstellung eines Mietspiegels zu verstehen sei oder es eine weitere Beschlussvorlage geben werde. Aus seiner Sicht sei eine Erstellung bisher nicht nachvollziehbar. Weiterhin fragte er, ob die Wohnungswirtschaft an der Erstellung finanziell beteiligt werde.

Herr Stäglin äußerte, dass weitere Beschlussvorlagen sich aus den Wertgrenzen ergeben werden. Zuerst müsse man in die inhaltliche Abstimmung mit der Wohnungswirtschaft treten. Weitere Redebeiträge gab es nicht. **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** ließ den geänderten Antrag abstimmen.

**zu 6.1.1 Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zum Antrag der CDU/FDP-Fraktion zur Erstellung eines qualifizierten Mietspiegels
Vorlage: VI/2016/02422**

Abstimmungsergebnis: zurückgezogen

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, unter Mitwirkung der Wohnungswirtschaft einen qualifizierten Mietspiegel nach § 558 d BGB für die Stadt Halle (Saale) zu erstellen.

**zu 6.1 Antrag der CDU/FDP-Fraktion zur Erstellung eines qualifizierten Mietspiegels
Vorlage: VI/2015/01296**

Abstimmungsergebnis: zugestimmt nach Änderungen

Beschlussempfehlung:

Die Verwaltung wird beauftragt, bis zum ~~30.09.2017~~ **31.12.2017** unter **Mitwirkung der Wohnungswirtschaft** einen qualifizierten Mietspiegel nach § 558 d BGB für die Stadt Halle (Saale) zu erstellen.

zu 7 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Schriftliche Anfragen lagen nicht vor.

zu 8 **Mitteilungen**

zu 8.1 **Mitteilung zur Anregung von Frau Haupt zu Angeboten für Familien mit Kindern durch die Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH**

Frau Ernst teilte mit, dass die Anregung in der nächsten Gesellschafterversammlung des Stadtmarketings thematisiert werde. Über das Ergebnis werde man berichten.

zu 8.2 **Mitteilung zur Anregung von Frau Haupt zur Bekämpfung der Kinderarmut**

Frau Brederlow teilte mit, dass das Thema bereits über das Jobcenter an sie herangetragen wurden sei. Im Januar 2017 werde es eine Sitzung des Jugendhilfeausschusses bezüglich des Themas geben.

zu 9 **Beantwortung von mündlichen Anfragen**

zu 9.1 **Herr Scholtyssek zum Mietvertrag Gebäude 5 in Halle-Neustadt**

Herr Scholtyssek fragte, wie der Stand zum Mietvertrag Gebäude 5 in Halle-Neustadt sei.

Frau Dr. Marquardt erklärte, dass der Bedarf analysiert wurde. Es werde eine neue Beschlussvorlage eingebracht, da die Nutzung des Objektes dringend erforderlich sei.

zu 9.2 **Herr Scholtyssek zu Straßenbauarbeiten in Büschdorf**

Herr Scholtyssek informierte, dass in Büschdorf am Altersheim ein neues Gebäude errichtet wird. Dadurch sei die Straße verengt, der Fußweg und die angrenzenden Parkplätze gesperrt wurden. Auf der anderen Straßenseite gäbe es keinen Fußweg. Er fragte, ob diese Sperrungen notwendig wären und ob es eine Möglichkeit gäbe, die Belastungen für die Anwohner zu reduzieren. Weiterhin wies Herr Scholtyssek darauf hin, dass es in naher Entfernung einen Parkplatz gäbe, dieser jedoch nicht genutzt werden kann, da dort ein Werbecontainer aufgestellt wurden sei.

Herr Stäglin sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 9.3 **Herr Scholtyssek zum Gymnasium am Hallmarkt**

Herr Scholtyssek fragte, wann die Beschlussvorlage zum Umbau und Modernisierung der Mensa des neuen Gymnasiums am Hallmarkt eingebracht werde.

Frau Dr. Marquardt antwortete, dass die Vorlage nach der verwaltungsinternen Abstimmung eingebracht werde.

zu 9.4 Herr Bönisch zum Genehmigungsverfahren "Sperrungen von Straßenraum"

Herr Bönisch verwies auf die Vielzahl von Baustellen im Gebiet August-Bebel-Straße. Dadurch sei die Parkplatzsituation sehr angespannt. Hinzu kämen noch genehmigte Park- und Halteverbote in diesem Quartier. Er fragte, ob solche Anträge von der Verwaltung genehmigt werden müssen, oder ob die Möglichkeit bestehe, diese mit Verweis auf die aktuelle Parkplatzsituation abzulehnen.

Herr Teschner antwortete, dass vor einer Genehmigung bzw. Ablehnung eines Antrages, die Situation vor Ort geprüft werde.

zu 9.5 Herr Wolter zum Bearbeitungsstand Änderung der Hauptsatzung

Herr Wolter fragte nach dem Bearbeitungsstand zur Änderung der Hauptsatzung hinsichtlich des Beschlusses zum Umgang mit Investorenanfragen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand antwortete, dass eine Beschlussvorlage im nächsten Stadtrat eingebracht werde.

zu 10 Anregungen

zu 10.1 Herr Lange zu Bremsschwellen am Südpark

Herr Lange regte an zu prüfen, ob im Südpark Bremsschwellen eingebaut werden können. Besonders in den Abend- und Nachtstunden tritt verstärkt Straßenlärm auf.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand wies auf die Prüfung des Verkehrskonzeptes hin. In diesem Zusammenhang werde man die Möglichkeit einer Verkehrsberuhigung im Bereich Südpark prüfen. Er machte jedoch darauf aufmerksam, dass solche Bremsschwellen immer nachteilig für den Rettungsdienst seien.

zu 10.2 Frau Hintz zur Baustelle am Steintor

Frau Hintz machte auf die Verkehrssituation im Bereich Steintor aufmerksam. Sie regte an, dass in diesem Bereich eine stärkere Präsenz der Ordnungskräfte erfolge, damit Tempolimits und Parkverbote eingehalten bzw. durchgesetzt werden.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte eine Prüfung zu.

Es wurden keine weiteren Anregungen gegeben.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand beendete die öffentliche Sitzung des Hauptausschusses und bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

Dr. Bernd Wiegand
Oberbürgermeister

Maik Stehle
Protokollführer